

fehlungen für die Bildungspolitik geben. So sollen die öffentlichen und privaten Quellen der Bildungsfinanzierung weiter diversifiziert, leistungsfähige Bereiche stärker gefördert, die sekundären und tertiären Bildungsinstitutionen enger miteinander verzahnt sowie unter Beibehaltung der Einheit von Forschung und Lehre erfolgreiche Forschungen mehr unterstützt werden. Das Ziel ist dabei internationale Wettbewerbsfähigkeit auf der einen und die Hinwendung zur Massenuniversität auf der anderen Seite; denn generell konstatierte die UGC-Studie ein niedrigeres durchschnittliches Bildungsniveau Hongkongs im Vergleich zu entwickelten Ländern. „Wir brauchen Qualitätsabsolventen, eine starke Forschungskultur und mehr Raum für Neuzugänge“, erklärte Dr. Alice Lam, Vorsitzende des UGC, bei der Vorstellung des Bildungsberichts. (XNA, 10.10.02; www.ugc.edu.hk/english/documents/press/her2603e.html; www.info.gov.hk/gia/general/200210/12/1012189.htm) -gs-

SVR Macau

39 Regierungschef Edmund Ho besucht Südkorea

Edmund Ho stattete vom 15. bis 17. Oktober auf Einladung des Ministers für auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel Choi Sung-hong der Republik Korea einen offiziellen Besuch ab. Zu seiner Begleitung gehörten die Präsidentin der Legislativversammlung Susana Chou und der Sekretär für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam. Der Besuch diente vor allem der Stärkung der Zusammenarbeit im Tourismusbereich. Tourismus- und Glücksspielindustrie sind die tragenden Säulen der Wirtschaft Macaus. Nach Aussage von Fernando Chui Sai On, Sekretär für soziale Angelegenheiten und Kultur, trugen sie im letzten Jahr 55% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Regierungsvertreter und Wirtschaftler nehmen an, dass es in diesem Jahr 70% sein werden. Gegenwärtig sind 35% der Bevölkerung Macaus (435.000 Einwohner) im Tourismusbereich und in damit verbundenen Industriezweigen beschäftigt.

Am 16. Oktober wurde Edmund Ho von Präsident Kim Dae-jung empfangen. Ferner traf er mit Choi Sung-hong, dem Minister für Handel, Industrie und Energie Shin Kook-hwan und mit Lee Yun-taek, Präsident des südkoreanischen Olympischen Komitees, zusammen. Gegenüber Choi pries Edmund Ho Südkoreas schnelle Erholung von der Asienkrise und die erfolgreiche Austragung der Fußballweltmeisterschaft und der Asienspiele. Macau, das 2005 Gastgeber der IV. Ostasienspiele ist, könne von Südkoreas Erfahrungen bei der Organisation sportlicher Großveranstaltungen nur lernen. Edmund Ho hob hervor, dass Macau südkoreanischen Unternehmen als Plattform für den Zugang zum chinesischen Markt, insbesondere zum Perlfussdelta, dienen könne. Diese Rolle Macaus unterstrich auch Präsident Kim. Nach den jahrzehntelangen Investitionen südkoreanischer Unternehmer im Norden Chinas seien sie jetzt erpicht, im Zhujiang-Delta zu investieren. Ho gab bekannt, dass eine Delegation von Regierungsbeamten und Geschäftsleuten aus Macau in Kürze Südkorea besuchen werde, um diese Funktion Macaus als Sprungbrett zu erörtern. Auch die Möglichkeit, dass südkoreanische Unternehmer über Macau Wirtschaftsverbindungen mit den portugiesischsprachigen Ländern knüpfen könnten, wurde zwischen Kim und Ho erörtert.

Auf Edmund Hos Programm stand auch die Besichtigung von Unternehmen in Wolsan und auf der Insel Cheju. Während seines Besuchs wurde zwischen den beiden Regierungen eine Vereinbarung über die Ausdehnung des visafreien Besuchszeitraums von 30 auf 90 Tage erzielt. Der Regierungschef eröffnete ferner die „Macau-Woche“ des Tourismusamtes der Regierung der SVRM. (RMRB, 9.10.02; XNA, 24.9., 10.10.02; Macau Government Information Bureau, www.gcs.gov.mo, 7., 15., 16., 17.10.02; SCMP, 25.10.02) -ljk-

40 Regierung plant Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes

Auch die Regierung der SVR Macau plant – wie die der SVR Hongkong (s. C.a., 2002/9, Ü 30) – zur Umsetzung des Artikels 23 des *Basic*

Law, des Grundgesetzes von Macau, den Erlass eines Anti-Subversions-Gesetzes. Ausgerechnet am 1. Oktober, dem Nationalfeiertag der VR China, verkündete die Sekretärin für Verwaltung und Justiz Florinda da Rosa Silva Chan, dass die Regierung mit dem Entwurf eines solchen Gesetzes beginne. Der Entwurf werde der Legislativversammlung Anfang nächsten Jahres vorgelegt werden. Er solle für eine klare Definition der in Artikel 23 aufgeführten Handlungen sorgen. Es wird auch eine öffentliche Konsultation über das Gesetz geben. Artikel 23 des Grundgesetzes von Macau und des Hongkonger Grundgesetzes sind im Wortlaut identisch: „Die SVR Macau erlässt selbst Gesetze, um jeden Akt von Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion gegen die Zentrale Volksregierung oder den Verrat von Staatsgeheimnissen zu verbieten, ausländischen politischen Organisationen oder Gesellschaften zu verbieten, in der Region politische Aktivitäten durchzuführen, und politischen Organisationen oder Gesellschaften zu verbieten, Beziehungen mit ausländischen politischen Organisationen oder Gesellschaften zu knüpfen.“ (C.a., 1993/5, S.494)

Die Verwaltungs- und Justizsekretärin betonte, dass die Regierung verpflichtet sei, selbst Gesetze zu erlassen, um jedweden Akt gegen den Staat zu verbieten. Das nationale Recht der VR China ist ja gemäß des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ nicht auf die SVR Macau anwendbar. Gleichzeitig werde die Regierung aber, so Florinda Chan weiter, weiterhin die im Grundgesetz festgelegten Freiheiten und Rechte der Bürger, wie Rede- und Pressefreiheit, garantieren. Artikel 27 des Grundgesetzes garantiert die Rede-, Presse- und Publikationsfreiheit, die Vereinigungs-, Versammlungs-, Prozessions- und Demonstrationenfreiheit, das Recht und die Freiheit zur Gründung von und Mitgliedschaft in Gewerkschaften sowie das Streikrecht (s. C.a., 1993/5, S.495). Florinda Chan wies darauf hin, dass Artikel 40 des Grundgesetzes (s. ebenda) die Wirksamkeit des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Macau sichergestellt habe. Anders als in der ehema-

ligen britischen Kronkolonie löste die Ankündigung eines Anti-Subversions-Gesetzes in Macau keine Proteststürme aus. Sorge um eine Einschränkung der zivilen Rechte und demokratischen Freiheiten aus. Selbst die Demokratieaktivisten erkennen an, dass die Regierung per Gesetz gezwungen ist, den verfassungsmäßigen Auftrag des Artikels 23 zu erfüllen.

Das gegenwärtige Strafgesetzbuch Macaus, das im Januar 1996 in Kraft trat und das – ebenso wie das portugiesische – Todesstrafe und lebenslange Haft untersagt, erwähnt nur „Verbrechen gegen das Territorium“, nicht gegen den Staat. Es sieht Höchststrafen von drei bis zehn Jahren für gewaltsames Vorgehen zur Veränderung des bestehenden politischen Systems vor, einschließlich Bedrohung, Volksverhetzung und Sabotage. Das Strafgesetzbuch enthält auch mehrere Artikel, die „Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit“ verbieten, wie Aufwiegelung zum Krieg und Völkermord, Folter und erniedrigender Behandlung sowie Rassendiskriminierung. Hier drohen bis zu acht Jahren Gefängnis. (Macau Government Information Bureau, www.gcs.gov.mo, 1.10.02; SCMP, 4.10.02) -ljk-

Taiwan

41 Neue Bewegung in der Frage direkter Verkehrsverbindungen

Viel Druckerschwärze wurde im Oktober verschwendet für Spekulationen über eine möglicherweise näher rückende Entscheidung über die Einrichtung direkter Verkehrsverbindungen zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland. Auslöser war eine neue Formel, die der chinesische Vizepremier Qian Qichen am 17. Oktober in einem Interview gegenüber einer taiwanischen Zeitung verwendete. Demnach handele es sich bei den angestrebten Direktverbindungen „um eine Wirtschaftsfrage, die nicht das Ein-China-Thema tangiert“; zudem könne man von „Routen über die Formosastraße“ – anstatt wie zuvor von Inlandsrouten – sprechen.

Taiwanische Regierungsvertreter reagierten auf die überraschende Aufweichung der bisherigen Beijinger Position teils vorsichtig zustimmend, teils abwartend: Man müsse sich erst vergewissern, so Präsident Chen und Ministerpräsident Yu, dass sich hinter der Interviewäußerung eine offiziell geänderte Regierungspolitik verberge. Chiou I-jen (Qiu Yiren), Generalsekretär des nationalen Sicherheitsrats, erkannte in Qian Qichens Äußerung ein ermutigendes Signal.

In Taiwan drängen vor allem Wirtschaftskreise – unterstützt von den großen Oppositionsparteien – seit langem darauf, die Regierung möge direkte Schifffahrts- und Flugverbindungen zum Festland zulassen. Tatsächlich sind die Vorbereitungen bereits weit gediehen; Ministerpräsident Yu Shyu-kun (You Xikun) zufolge könnte jederzeit mit Verhandlungen begonnen werden. Mit dem Verzicht darauf, wie bisher von der taiwanischen Seite eine Anerkennung der inakzeptablen Ein-China-Doktrin zu verlangen, ehe Direktverbindungen eingerichtet werden können, hat die Beijinger Regierung in der Tat ein großes Hindernis beseitigt. In einem weiteren Zugeständnis erklärte Qian, dass taiwanische Schiffe festländischer Häfen unter ihrer Reedereiflagge anlaufen könnten und es ohne Belang sei, welche Staatsflagge sie auf hoher See hissten.

Dennoch werden die Direktverbindungen aller Voraussicht nach noch auf sich warten lassen: Taiwan sieht die nationale Sicherheit gefährdet und verlangt deswegen Verhandlungen, die im Vorwege zu führen wären, und zwar zwischen Regierungsstellen auf der Grundlage der Parität beider Seiten. Nach Beijinger Vorstellungen könnten die Verhandlungen auf privater Ebene geführt werden, etwa zwischen Fluggesellschaften oder Reedereien, wobei entsprechende Abkommen zwischen Taiwan und Hongkong als Vorbild dienen könnten. Noch im Mai hatte Präsident Chen Shui-bian erklärt, die Regierung sei bereit zu erwägen, private Organisationen mit den Verhandlungen zu beauftragen. (Vgl. C.a., 2002/5, Ü 33) Davon ist Taiwans Regierung jedoch offenbar wieder abgerückt.

Am 22. Oktober erläuterte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums einige der Sicherheitsbedenken, die

nach taiwanischer Auffassung ohne genaue Regierungsabsprachen nicht ausgeräumt werden können, und machte zum ersten Mal öffentlich konkrete Vorschläge. Bereits bekannt ist, dass vor allem Taiwans Luftabwehr Direktflüge über die Formosastraße ablehnt: Bei der geringen Entfernung bliebe nicht genug Zeit um zu bestimmen, ob ein anfliegendes Objekt eine zivile Verkehrsmaschine ist oder ein Militärflugzeug in feindlicher Absicht. Entsprechend fordert das Verteidigungsministerium, dass kein Flugzeug die Formosastraße direkt überfliegen dürfe; vielmehr seien ausschließlich die bestehenden internationalen Luftstraßen zu benutzen. Zudem seien genaue Flugzeiten einzuhalten.

Unabhängig von den möglicherweise auszuräumenden Sicherheitsbedenken bestehen in Teilen der Bevölkerung, die im Parlament vor allem von der TSU vertreten werden, weiterhin Zweifel, ob direkte Flug- und Schiffsverbindungen überhaupt wünschbar sind und Taiwan dadurch nicht binnen kurzem in völlige ökonomische Abhängigkeit vom Festland geriete. Präsident Chen teilt diese Bedenken zwar offenbar nicht und hat die Errichtung von direkten Verkehrsverbindungen zum Ziel seiner Politik erklärt. Dennoch scheint mittlerweile ein Punkt erreicht zu sein, wo es nicht mehr, wie bisher, die Beijinger Seite ist, die mit zu hoch gespannten Forderungen die Sache be- und verhindert. In Beijing ist man wohl mittlerweile der Ansicht, dass es den eigenen Interessen am besten dient, Taiwans Regierung durch Konzessionen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Gleichzeitig setzen die stärker festlandsorientierten Oppositionsparteien im Taipeier Parlament die Regierung unter Druck und verlangen eine rasche Freigabe direkter Flüge und Schiffsfahrten. Die Direktbeziehungen sind daher auch Teil des erbitterten innertaiwanischen Machtkampfs, in dem die Minderheitsregierung einen schweren Stand hat.

Als möglicher Zwischenschritt deutete sich Ende Oktober an, dass es zum chinesischen Neujahrsfest im Februar 2003 erstmals direkte Charterflüge zwischen Shanghai und Taipei geben könnte. Dieser Vorschlag des Oppositionsparlamentariers John Chang (Zhang Xiaoyan) könnte den